

**No. 37343**

---

**Mexico  
and  
Germany**

**Agreement between the United Mexican States and the Federal Republic of Germany  
for the promotion and reciprocal protection of investments (with protocol).  
Mexico City, 25 August 1998**

**Entry into force: 23 February 2001, in accordance with article 22**

**Authentic texts: German and Spanish**

**Registration with the Secretariat of the United Nations: Mexico, 21 March 2001**

---

**Mexique  
et  
Allemagne**

**Accord entre le Gouvernement des États-Unis du Mexique et la République fédérale  
d'Allemagne pour la promotion et la protection réciproque des investissements  
(avec protocole). Mexico, 25 août 1998**

**Entrée en vigueur : 23 février 2001, conformément à l'article 22**

**Textes authentiques : allemand et espagnol**

**Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : Mexique, 21 mars 2001**

[ GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND ]

Vertrag  
zwischen  
den Vereinigten Mexikanischen Staaten  
und  
der Bundesrepublik Deutschland  
über  
die Förderung und den gegenseitigen Schutz von  
Kapitalanlagen

Die Vereinigten Mexikanischen Staaten  
und  
die Bundesrepublik Deutschland -

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Vertragsstaaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein bilateraler vertraglicher Schutz von Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren -

haben folgendes vereinbart:

Teil I  
Investitionsschutz

Artikel I  
Definitionen

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff "Kapitalanlagen" Vermögenswerte jeder Art, die direkt oder indirekt zu wirtschaftlicher Betätigung oder zu sonstigen unternehmerischen Zwecken erworben oder genutzt werden, insbesondere

- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
- b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
- c) Ansprüche aus jeder Art von Kapitalleistungen zur Schaffung eines wirtschaftlichen Wertes oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
- d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
- e) Rechte aus öffentlich-rechtlichen Konzessionen;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt, sofern die geänderte Form von der vorangehenden Definition umfaßt wird.

Kapitalanlagen umfassen jedoch nicht Handelsgeschäfte, die ausschließlich dem Verkauf von Gütern oder Dienstleistungen dienen; Kredite zur Finanzierung von Handelsgeschäften mit einer Laufzeit von weniger als drei Jahren; andere Kredite mit einer Laufzeit von weniger als drei Jahren, sowie Kredite an einen Vertragsstaat oder ein staatliches Unternehmen. Dies gilt nicht für Darlehen, die ein Staatsangehöriger oder eine Gesellschaft eines Vertragsstaats einem Unternehmen des anderen Vertragsstaats gewährt, das im Eigentum oder unter dem Einfluß des vorgenannten Staatsangehörigen oder der vorgenannten Gesellschaft steht, sowie für Kredite Dritter an Unternehmen, die keine staatlichen Unternehmen sind, das heißt Unternehmen, die privatrechtlich organisiert sind und sich sowohl in privatem als auch in öffentlichem Eigentum befinden, wenn der Kredit u.a.

- a) projektgebunden ist,

- b) eine Laufzeit von mehr als drei Jahren hat,
  - c) der Finanzierung des Vorhabens dient,
  - d) dem Kreditgeber wirtschaftliche Risiken zuweist und
  - e) dem Kreditgeber ermöglicht, direkt oder indirekt über den Staatsangehörigen oder die Gesellschaft Einfluß auf die Geschäfte des Projekts zu nehmen;
2. bezeichnet der Begriff "Erträge" diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff "Staatsangehörige"
- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:  
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
  - b) in bezug auf die Vereinigten Mexikanischen Staaten:  
Mexikaner im Sinne der Politischen Verfassung der Vereinigten Mexikanischen Staaten;
4. bezeichnet der Begriff "Gesellschaften"
- jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet des jeweiligen Vertragsstaats hat und nach dessen Recht gegründet oder organisiert ist, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;
5. bezeichnet der Begriff „Hoheitsgebiet“
- das Gebiet jedes Vertragsstaats einschließlich des Küstenmeeres sowie der ausschließlichen Wirt-

Artikel 2

Förderung, Zulassung und Schutz von Kapitalanlagen

- (1) Jeder Vertragsstaat wird Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit seinen Rechtsvorschriften in seinem Hoheitsgebiet zulassen.
- (2) Jeder Vertragsstaat gewährt Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des erstgenannten Vertragsstaats vorgenommen worden sind, vollen Schutz und Sicherheit.
- (3) Jeder Vertragsstaat wird Kapitalanlagen des anderen Vertragsstaats in jedem Fall gerecht und billig behandeln. Ebenso wird er die Betätigung, die Verwaltung, die Unterhaltung, den Gebrauch, die Nutzung oder die Verfügung über diese Kapitalanlagen in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

Behandlung von Kapitalanlagen

- (1) Jeder Vertragsstaat behandelt Kapitalanlagen in seinem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter maßgeblichem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jeder Vertragsstaat behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats hinsichtlich ihrer Betätigung im Sinne des Artikels 2 Absatz 3 im Zusammenhang mit ihren Kapitalanlagen in seinem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als seine eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die ein Vertragsstaat den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen seiner Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen seiner Assoziierung damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die ein Vertragsstaat den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

#### Artikel 4

##### Schutz im Falle von Enteignungen

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften eines Vertragsstaats dürfen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats nur zum allgemeinen Wohl, in nicht-diskriminierender Weise, in einem geordneten rechtlichen Verfahren und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder direkt oder indirekt anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen.

(2) Die Entschädigung muß dem angemessenen Marktwert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem handelsüblichen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und gemäß Artikel 6 frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise

für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme, sowie der Höhe der Entschädigung muß in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften eines Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Meistbegünstigung.

#### Artikel 5

##### Schutz in sonstigen Fällen

Staatsangehörige oder Gesellschaften eines Vertragsstaats, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von diesem Vertragsstaat hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als seine eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften oder Staatsangehörige oder Gesellschaften dritter Staaten. Solche Zahlungen müssen gemäß Artikel 6 frei transferierbar sein.

#### Artikel 6

##### Transferleistungen

(1) Jeder Vertragsstaat stellt sicher, daß alle Zahlungen im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats frei transferiert werden können, insbesondere

- a) das Kapital und zusätzliche Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;



- b) die Erträge;
  - c) die Rückzahlung von Darlehen;
  - d) der Erlös im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
  - e) die in Artikel 4 und 5 vorgesehenen Entschädigungen.
- (2) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 und den Artikeln 5, 6 oder 7 erfolgen unverzüglich zu dem am Tag des Transfers geltenden Marktkurs.
- (3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 ist ein Vertragsstaat befugt, die Rechte von Gläubigern zu schützen oder die Einhaltung von Gesetzen sicherzustellen im Hinblick auf die Ausgabe von bzw. den Handel und den Verkehr mit Wertpapieren, die Berichtspflicht für den Transfer von Zahlungsmitteln oder anderen geldnahen Finanziteln oder die Erfüllung von Urteilen in zivil-, verwaltungs- und strafrechtlichen Verfahren zu gewährleisten, indem er seine Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften in gerechter und nicht-diskriminierender Weise und nach Treu und Glauben anwendet.
- (4) Gibt es keinen Devisenmarkt, ist der letztgültige Kurs für die Umrechnung von Devisen in Sonderziehungsrechte heranzuziehen.

#### Artikel 7

##### Subrogation

Leistet ein Vertragsstaat seinen Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats, so erkennt dieser andere Vertragsstaat die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften Kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf den erstgenannten Vertragsstaat an.

Der andere Vertragsstaat erkennt den Eintritt des erstgenannten Vertragsstaats in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an. Im Falle einer Meinungsverschiedenheit ist jedoch die Ausübung und Geltendmachung dieser Rechte und Ansprüche nur durch eine natürliche oder eine in Privateigentum stehende juristische Person möglich, deren sich der erstgenannte Staat als Prozessführungsbefugten bedient. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 und 6 entsprechend.

#### Artikel 8

##### Sonstige Bestimmungen

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsstaaten bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jeder Vertragsstaat wird jede andere schriftliche Verpflichtung einhalten, die er in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats in seinem Hoheitsgebiet eingegangen ist, wobei Meinungsverschiedenheiten, die sich aus diesen Verpflichtungen ergeben, nur nach den Bestimmungen der Verträge beigelegt werden, welche den Verpflichtungen zugrundeliegen.

#### Artikel 9

##### Anwendungsbereich

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften des einen Vertragsstaats in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats in dessen Ho-

heitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben. Dies gilt jedoch nicht für Meinungsverschiedenheiten oder Streitigkeiten, die schon vor Inkrafttreten dieses Vertrages entstanden sind.

## Teil II

### Streitschlichtung

#### Abschnitt I

#### Streitschlichtung zwischen den Vertragsstaaten

#### Artikel 10

#### Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsstaaten

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsstaaten in Konsultationen oder Verhandlungen beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen eines der beiden Vertragsstaaten frühestens vier Monate nach Notifizierung des Beginns der Konsultationen oder Verhandlungen einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsstaaten zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, daß er die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitglieds sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

## Abschnitt 2

### Streitschlichtung zwischen einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft eines Vertragsstaats und dem anderen Vertragsstaat

#### Artikel 11

##### Anwendungsbereich und Klagebefugnis

Dieser Abschnitt findet Anwendung auf Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Vertragsstaat und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft des anderen Vertragsstaats, die nach dem Inkrafttreten des Vertrags entstanden sind und eine mutmaßliche Vertragsverletzung des erstgenannten Vertragsstaats betreffen, die dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft oder seiner Kapitalanlage einen Verlust oder Schaden zufügt. Ein Unternehmen, das eine Kapitalanlage eines Staatsangehöri-

Artikel 12

Arten der Streitschlichtung und Fristen

(1) Die Meinungsverschiedenheit soll, soweit möglich, durch Verhandlungen oder Konsultationen beigelegt werden. Wenn die Meinungsverschiedenheit nicht auf diese Weise beigelegt wird, so kann sie der Staatsangehörige oder die Gesellschaft eines Vertragsstaats zur Entscheidung vorlegen:

- a) den ordentlichen Gerichten oder Verwaltungsgerichten des beteiligten Vertragsstaats;
- b) gemäß jedem vorher vereinbarten anwendbaren Streitschlichtungsverfahren, oder
- c) gemäß diesem Artikel:
  - i) dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten („das Zentrum“), das gemäß dem Übereinkommen zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten („ICSID-Übereinkommen“) gegründet wurde, sofern sowohl der Vertragsstaat des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft als auch der an der Streitigkeit beteiligte Vertragsstaat Vertragsstaaten des ICSID-Übereinkommens sind;
  - ii) dem Zentrum gemäß den „Regeln über die zusätzlichen Fazilitäten zur Behandlung von Streitfällen durch das Zentrums-Sekretariat“, wenn entweder der Vertragsstaat des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft oder der an der Streitigkeit beteiligte Vertragsstaat, nicht aber beide, Vertragsstaat des ICSID-Übereinkommens ist;

iii) einem Einzelschiedsrichter oder einem von Fall zu Fall zu bildenden Schiedsgericht, das nach den „Schiedsregeln der Kommission der Vereinten Nationen zum internationalen Handelsrecht“ ("UNCITRAL") errichtet wird;

iv) einem Einzelschiedsrichter der Internationalen Handelskammer oder einem von Fall zu Fall nach deren Regeln gebildeten Schiedsgericht.

(2) Für das Verfahren sind die Regeln der einschlägigen Schiedsordnung maßgeblich, soweit dieser Abschnitt keine abweichenden Regelungen trifft.

(3) Eine Meinungsverschiedenheit kann gemäß Absatz 1 Buchstabe c einem Schiedsverfahren unterbreitet werden, vorausgesetzt, daß sechs Monate seit dem anspruchsbegründenden Ereignis vergangen sind und der Staatsangehörige oder die Gesellschaft dem am Streit beteiligten Vertragsstaat mindestens 60 Tage vorher seine Absicht, ein Schiedsverfahren einzuliten, schriftlich mitgeteilt hat, aber nicht später als vier Jahre nach dem Zeitpunkt, an dem der Staatsangehörige oder die Gesellschaft Kenntnis von den Ereignissen erlangt hat oder erlangt haben müßte, welche die Meinungsverschiedenheit begründet haben.

(4) Haben Staatsangehörige oder Gesellschaften der Bundesrepublik Deutschland oder ihre Kapitalanlage ein innerstaatliches Gericht der Vereinigten Mexikanischen Staaten angerufen, so kann die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht nur dann unterbreitet werden, wenn das innerstaatliche mexikanische Gericht in erster Instanz noch keine Sachentscheidung getroffen hat.

(5) Hat ein Staatsangehöriger oder eine Gesellschaft eines Vertragsstaats eine Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreitet, dürfen weder er noch das Unternehmen, das Gegenstand seiner Kapitalanlage ist, ein Verfahren vor einem innerstaatlichen Gericht eröffnen oder fortsetzen.

Artikel 13

Einverständnis der Vertragsstaaten

Jeder Vertragsstaat erklärt hiernit sein uneingeschränktes Einverständnis damit, daß eine Meinungsverschiedenheit einem internationalen Schiedsverfahren in Übereinstimmung mit diesem Abschnitt unterbreitet wird.

Artikel 14

Bildung des Schiedsgerichts

(1) Soweit die Streitparteien nichts Abweichendes vereinbaren, besteht das Schiedsgericht aus drei Mitgliedern. Jede Streitpartei ernennt ein Mitglied und beide Mitglieder einigen sich auf ein drittes Mitglied als Obmann.

(2) Die Mitglieder von Schiedsgerichten müssen über einschlägige Sachkenntnisse im Völkerrecht und in Investitionsangelegenheiten verfügen.

(3) Wird das Schiedsgericht nicht innerhalb von 90 Tagen nach Einreichung des Antrags auf Einleitung des Schiedsverfahrens errichtet, entweder weil eine der Streitparteien es unterließ, ein Mitglied zu bestellen, oder weil die bestellten Mitglieder sich nicht auf einen Obmann einigen konnten, so kann jede Streitpartei den Generalsekretär des ICSID bitten, den oder die fehlenden Mitglieder zu bestellen. Bei der Bestellung des Obmanns muß der Generalsekretär des ICSID jedoch sicherstellen, daß der Obmann nicht Staatsangehöriger eines der Vertragsstaaten ist.

Artikel 15

Verfahrensverbinding

(1) Bei Verfahrensverbinding nach diesem Artikel wird das Gericht nach den UNCITRAL-Schieds-

- a) wenn ein Staatsangehöriger oder eine Gesellschaft eines Vertragsstaats in Vertretung einer Gesellschaft, die in seinem Eigentum oder unter seinem Einfluß steht, ein Rechtsmittel einbringt und gleichzeitig ein anderer oder weitere an der Gesellschaft beteiligte Staatsangehörige oder Gesellschaften, die jedoch keinen maßgeblichen Einfluß haben, im eigenen Namen aufgrund derselben Vertragsverletzung Rechtsmittel einlegen; oder
- b) wenn zwei oder mehr Rechtsmittel wegen derselben Fragen zur Sach- und Rechtslage in einem Schiedsverfahren eingelegt werden.

(3) Das Gericht, das sich mit der Verfahrensverbundung befaßt, entscheidet über die Gerichtsbarkeit, der die Rechtsmittel zu unterwerfen sind, und prüft die genannten Rechtsmittel gemeinsam, es sei denn, ein Staatsangehöriger oder eine Gesellschaft macht geltend, daß seine bzw. ihre Interessen ernsthaft geschädigt werden.

#### Artikel 16

##### Ort des Schiedsverfahrens

Jedes Schiedsverfahren nach diesem Abschnitt findet auf Verlangen einer der Streitparteien in einem Land statt, das Mitglied des „Abkommens der Vereinten Nationen über die Anerkennung und die Vollstreckung von ausländischen Schiedssprüchen (New Yorker Konvention)“ ist. Ansprüche, die nach diesem Abschnitt einem Schiedsverfahren unterbreitet werden, gelten als aus einer wirtschaftlichen Beziehung oder Tätigkeit im Sinne des Artikels I der New Yorker Konvention entstanden.



**Artikel 17**

**Entschädigung**

Kein Vertragsstaat wird zum Zwecke der Verteidigung, der Widerklage oder aus einem anderen Grund geltend machen, daß eine Entschädigung oder ein anderer Ausgleich für einen Teil des mutmaßlichen Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Garantie oder Versicherung geleistet wurde oder geleistet werden wird.

**Artikel 18**

**Anzuwendendes Recht**

Das nach diesem Abschnitt bestellte Gericht wird über die Meinungsverschiedenheit auf der Grundlage dieses Vertrags und der anwendbaren Regeln und Prinzipien des Völkerrechts entscheiden.

**Artikel 19**

**Schiedssprüche und Vollstreckung**

(1) Schiedssprüche können den folgenden Inhalt haben:

- a) die Feststellung, daß der Vertragsstaat seine Verpflichtungen aus diesem Vertrag nicht eingehalten hat;
- b) Schadensersatz, einschließlich der Zinsen vom Zeitpunkt des Schadenseintritts bis zum Zeitpunkt der Zahlung;
- c) die Entschädigung in Sachwerten in geeigneten Fällen, aber der Vertragsstaat kann stattdessen Entschädigung in Geld leisten, falls die Entschädigung in Sachwerten nicht möglich ist. Die Entschädigung in Sachwerten schließt die Rückübertragung des Eigentums ein; und

- d) mit Zustimmung der Streitparteien jeden anderen Inhalt.
- (2) Schiedssprüche sind nur für die Streitparteien und nur hinsichtlich des konkreten Streitfalls endgültig und bindend.
- (3) Ein Schiedsgericht darf nicht die Zahlung vom Strafschadensersatz gegen einen Vertragsstaat anordnen.
- (4) Jeder Vertragsstaat wird in seinem Hoheitsgebiet für die ordnungsgemäße Vollstreckung von Schiedssprüchen nach diesem Artikel Sorge tragen und den Schiedsspruch aus einem Verfahren, an dem er beteiligt ist, unverzüglich erfüllen.
- (5) Der Staatsangehörige oder die Gesellschaft kann die Vollstreckung eines Schiedsspruchs nach dem ICSID-Übereinkommen oder dem New Yorker Übereinkommen beantragen.

Artikel 20

Ausschluß

Dem Streitschlichtungsverfahren nach diesem Abschnitt werden keine Maßnahmen unterworfen, denen zufolge ein Vertragsstaat entsprechend seiner Gesetzgebung aus Gründen der nationalen Sicherheit den Erwerb einer Kapitalanlage in seinem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß seiner eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften steht, durch Staatsangehörige oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats verbietet oder einschränkt.

Teil III  
Schlußbestimmungen

Artikel 21  
Protokoll

Das beiliegende Protokoll ist Bestandteil dieses Vertrags.

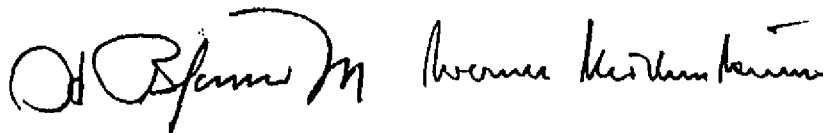
Artikel 22  
Inkrafttreten, Geltungsdauer und Beendigung

- (1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.
- (2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Der Vertrag bleibt zunächst zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern der Vertrag nicht von einem der Vertragsstaaten zwölf Monate vor seinem Außerkrafttreten schriftlich gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann den Vertrag nach Ablauf von zehn Jahren oder zu jedem späteren Zeitpunkt durch Notifikation mit einer Frist von zwölf Monaten kündigen.
- (3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Bestimmungen der Artikel 1 bis 21 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tag seines Außerkrafttretens.

Geschehen zu Mexiko-Stadt am 25 August 1998 in zwei Urschriften, jede in spanischer und deutscher Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die  
Vereinigten Mexikanischen Staaten

Für die  
Bundesrepublik Deutschland



The image shows two handwritten signatures. The signature on the left is for the United Mexican States, and the signature on the right is for the Federal Republic of Germany. Both signatures are written in black ink and are positioned below their respective labels.

Protokoll  
zum  
Vertrag  
zwischen  
den Vereinigten Mexikanischen Staaten  
und  
der Bundesrepublik Deutschland  
über  
die Förderung und den gegenseitigen Schutz von  
Kapitalanlagen

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen den Vereinigten Mexikanischen Staaten und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Zur weiteren Klarstellung vereinbaren die Vertragsstaaten, daß Artikel 1 Nummer 1 und Artikel 6 nur solche Kapitalanlagen erfassen, die mit dem Ziel der Errichtung dauernder wirtschaftlicher Beziehungen zu einem Unternehmen getätigt werden, wie insbesondere Kapitalanlagen, welche die Möglichkeit der Ausübung eines tatsächlichen Einflusses auf dessen Geschäftsführung schaffen.
- b) Der Begriff „indirekte“ Kapitalanlage umfaßt nur solche Fälle, in denen sowohl die Tochtergesellschaft als auch deren Kapitalanlage ihren Sitz im Hoheitsgebiet des gleichen Vertragsstaats haben.

- c) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

(2) Zu Artikel 2

Artikel 2 Absatz 3 gilt auch für den Zugang zu und die Benutzung von Einrichtungen für die physische Distribution im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage, in Übereinstimmung mit den von den Vertragsstaaten geschlossenen internationalen Übereinkünften.

(3) Zu Artikel 3

- a) Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als "weniger günstige" Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Artikel 3 verpflichtet einen Vertragsstaat nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in seinem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsstaaten werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise, den Aufenthalt und die Arbeitserlaubnis von Schlüsselpersonal des einen Vertragsstaats, das im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats einreisen will, wohlwollend prüfen.

- d) Jeder Vertragsstaat kann von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats in Zusammenhang mit deren Kapitalanlagen in seinem Hoheitsgebiet regelmäßige Informationen zu statistischen Zwecken verlangen.

(4) Zu Artikel 4

Zur Festlegung des angemessenen Marktwertes können alle geeigneten Bewertungskriterien herangezogen werden.

(5) Zu Artikel 6

- a) Als "unverzüglich" durchgeführt im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.
- b) Im Falle eines fundamentalen Zahlungsbilanzungleichgewichts oder seines drohenden Eintritts können die Vereinigten Mexikanischen Staaten den freien Transfer des Kapitals nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe d vorübergehend bis zu zwölf Monaten beschränken. Diese Beschränkungen werden in gerechter, nicht-diskriminierender Weise sowie nach Treu und Glauben festgesetzt.

(6) Zu Artikel 11

Damit ein Staatsangehöriger oder eine Gesellschaft gegenüber dem Gaststaat klagebefugt ist, muß eine mutmaßliche Verletzung dieses Vertrags gemäß Artikel 11 ursächlich mit einem Verlust oder Schaden des Staatsangehörigen, der Gesellschaft oder der Kapitalanlage zusammen-

hängen. Obwohl eine Klagebefugnis bereits dann besteht, wenn der Schaden noch nicht eingetreten ist, aber unmittelbar bevorsteht, muß dieser, mit Ausnahme der in Artikel 19 Absatz 1 Buchstaben a und d genannten Fälle, bereits eingetreten sein, damit ein Schiedsgericht eine entsprechende Entscheidung treffen kann.



[ SPANISH TEXT — TEXTE ESPAGNOL ]

**ACUERDO ENTRE LOS ESTADOS UNIDOS MEXICANOS Y LA REPUBLICA  
FEDERAL DE ALEMANIA SOBRE PROMOCION Y PROTECCION RECIPROCA DE  
LAS INVERSIONES**

Los Estados Unidos Mexicanos y la República Federal de Alemania,

ANIMADOS por el deseo de intensificar la colaboración económica entre ambos  
Estados Contratantes,

CON EL PROPÓSITO de crear condiciones favorables para las inversiones de  
los nacionales o sociedades de uno de los Estados Contratantes en el territorio del otro  
Estado Contratante,

RECONOCIENDO que el fomento y la protección de las inversiones mediante un  
Acuerdo bilateral pueden servir para estimular la iniciativa económica privada e  
incrementar el bienestar de ambos pueblos,

Han convenido lo siguiente:

**PARTE I: PROTECCION DE LAS INVERSIONES**

**Artículo 1**

**Definiciones**

Para los fines del presente Acuerdo:

1. El concepto de "inversiones" comprende toda clase de bienes adquiridos o  
utilizados, directa o indirectamente, para actividades económicas u otros fines  
empresariales, en especial:

- a) la propiedad de bienes muebles e inmuebles y demás derechos reales, como hipotecas y derechos de prenda;
- b) derechos de participación en sociedades y otros tipos de participaciones en sociedades;
- c) derechos derivados de todo tipo de aportaciones de capital para crear un valor económico o derechos a prestaciones que tengan un valor económico;
- d) derechos de propiedad intelectual, en especial, derechos de autor, patentes, modelos de utilidad, diseños y modelos industriales, marcas, nombres comerciales, secretos industriales y comerciales, procedimientos tecnológicos, conocimientos técnicos (know-how), prestigio y clientela (good-will); y
- e) derechos derivados de concesiones otorgadas por entidades de derecho público.

Las modificaciones en la forma de inversión de los bienes no afectan su carácter de inversión, siempre y cuando dichas modificaciones estén comprendidas en la definición anterior.

Sin embargo, "inversiones" no incluye las transacciones comerciales diseñadas exclusivamente para la venta de bienes o servicios y créditos para financiar las transacciones comerciales con una duración menor a tres años, otros créditos con una duración menor a tres años, ni los créditos otorgados a un Estado Contratante o a una empresa del Estado. Lo anterior no se aplicará a préstamos otorgados por un nacional o sociedad de un Estado Contratante a una sociedad del otro Estado Contratante que sea propiedad de o esté controlada por éstos, ni tampoco a préstamos de terceras

personas a sociedades que no sean consideradas empresas estatales, *i.e.* organizadas bajo el derecho privado, con capital mixto público y privado, siempre que el préstamo, *i.a.*:

- a) sea para un proyecto específico,
- b) tenga una duración de más de tres años,
- c) sirva para financiar ese proyecto,
- d) asigne al acreedor riesgos comerciales y
- e) permita al acreedor intervenir, directa o indirectamente, en el proyecto, a través del nacional o sociedad.

2. El concepto de "rentas" designa aquéllas cantidades que correspondan a una inversión, como participaciones en los beneficios, dividendos, intereses, regalías u otras remuneraciones.

3. El concepto de "nacionales" designa:

- a) con referencia a la República Federal de Alemania:

los alemanes en el sentido de la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania;

- b) con referencia a los Estados Unidos Mexicanos:

los mexicanos en el sentido de la Constitución Política de los Estados Unidos Mexicanos.

4. El concepto de "sociedades" designa a todas las personas jurídicas, así como a todas las sociedades comerciales o demás sociedades o asociaciones, constituidas u organizadas conforme a las leyes de uno de los Estados Contratantes y que tengan su sede en el territorio de alguno de los Estados Contratantes, independientemente de que su actividad tenga o no fines lucrativos.

5. El concepto "territorio" comprende el territorio de cada Estado Contratante, incluyendo el mar territorial así como la zona económica exclusiva y la plataforma continental, siempre que, el Derecho Internacional conceda al respectivo Estado Contratante el ejercicio de derechos de soberanía o jurisdicción en estas áreas.

## **Artículo 2**

### **Promoción, Admisión y Protección de Inversiones**

1. Cada uno de los Estados Contratantes promoverá, en la medida de lo posible, las inversiones de nacionales o sociedades del otro Estado Contratante, y las admitirá, en su territorio, de acuerdo con sus disposiciones legales vigentes.

2. Cada Estado Contratante otorgará plena protección y seguridad a las inversiones efectuadas conforme a sus disposiciones legales, por nacionales o sociedades del otro Estado Contratante.

3. Cada Estado Contratante otorgará en todo momento un tratamiento justo y equitativo a las inversiones del otro Estado Contratante. En ningún caso, los Estados Contratantes perjudicarán la operación, administración, mantenimiento, uso, goce o disposición de dichas inversiones a través de medidas arbitrarias o discriminatorias.

### **Artículo 3**

#### **Tratamiento a las Inversiones**

1. Cada Estado Contratante brindará a las inversiones en su territorio, que sean propiedad o estén controladas por nacionales o sociedades del otro Estado Contratante, un trato no menos favorable que el que conceda a las inversiones de sus propios nacionales y sociedades o a las inversiones de nacionales y sociedades de terceros Estados.

2. Cada Estado Contratante brindará a los nacionales o sociedades del otro Estado Contratante en su territorio, en cuanto se refiere a las actividades señaladas en el Artículo 2, párrafo 3 y relacionadas con sus inversiones, un trato no menos favorable que el otorgado a sus propios nacionales y sociedades o a los nacionales y sociedades de terceros Estados.

3. Dicho trato no se refiere a los privilegios que uno de los Estados Contratantes conceda a los nacionales o sociedades de terceros Estados por formar parte de una unión aduanera o económica, un mercado común o una zona de libre comercio, o a causa de su asociación con tales agrupaciones.

4. El trato acordado por el presente artículo no se refiere a las ventajas que uno de los Estados Contratantes conceda a los nacionales o sociedades de terceros Estados como consecuencia de un acuerdo para evitar la doble imposición o de otros acuerdos sobre asuntos tributarios.

### **Artículo 4**

#### **Protección en Caso de Expropiación**

1. Las inversiones de nacionales o sociedades de uno de los Estados Contratantes no podrán ser, en el territorio del otro Estado Contratante, expropiadas, nacionalizadas ni sometidas a otras medidas que en sus repercusiones equivalgan,

directa o indirectamente, a expropiación o nacionalización más que por causas de utilidad pública, sobre bases no discriminatorias, con apego a un debido proceso legal, y deberán, en tal caso, ser indemnizadas.

2. La indemnización deberá corresponder al valor justo de mercado de la inversión expropiada inmediatamente antes de la fecha de hacerse pública la expropiación efectiva o inminente, la nacionalización o la medida equivalente. La indemnización deberá satisfacerse sin demora y devengará intereses hasta la fecha de su pago a una tasa comercial normal, deberá ser efectivamente liquidable y libremente transferible, de conformidad con lo dispuesto en el Artículo 6. A más tardar en el momento de la expropiación, nacionalización o medida equivalente, deberán tomarse disposiciones adecuadas para fijar y satisfacer la indemnización. La legalidad de la expropiación, nacionalización o medida equivalente, y de la cuantía de la indemnización será susceptible de revisión en un debido procedimiento legal.

3. En lo concerniente a las materias reglamentadas en el presente Artículo, los nacionales o sociedades de uno de los Estados Contratantes gozarán en el territorio del otro Estado Contratante del trato de la nación más favorecida.

#### Artículo 5

#### Protección en Otros Casos

Los nacionales o sociedades de uno de los Estados Contratantes que sufran pérdidas en sus inversiones por efecto de guerra u otro conflicto armado, revolución, estado de emergencia nacional o motín en el territorio del otro Estado Contratante, no serán tratados por éste menos favorablemente que sus propios nacionales o sociedades, o los nacionales o sociedades de terceros Estados, en lo referente a restituciones, ajustes, indemnizaciones u otros pagos. Estas cantidades deberán ser libremente transferibles según lo dispuesto en el Artículo 6.

**Artículo 6**  
**Transferencias**

1. Cada Estado Contratante garantizará que todos los pagos relacionados con una inversión de nacionales o sociedades del otro Estado Contratante puedan ser libremente transferidos, especialmente:

- a) del capital y de las sumas adicionales para el mantenimiento o ampliación de la inversión;
- b) de las rentas;
- c) de la amortización de préstamos;
- d) del producto de la inversión en caso de liquidación o enajenación total o parcial;
- e) de las indemnizaciones previstas en los Artículos 4 y 5.

2. Las transferencias conforme al Artículo 4, párrafo 2, así como a los Artículos 5, 6 ó 7, se efectuarán sin demora, al tipo de cambio vigente en el mercado en la fecha de la transferencia.

3. No obstante lo dispuesto en los párrafos 1 y 2, los Estados Contratantes podrán impedir la realización de transferencias mediante la aplicación equitativa, de buena fe y no discriminatoria de sus leyes y reglamentos, en caso de protección de los derechos de los acreedores, emisión, comercio y operaciones de valores, reportes de transferencias de divisas u otros instrumentos monetarios, y como garantía del cumplimiento de las sentencias en procedimientos civiles, administrativos y penales.

4. En ausencia de un mercado cambiario, la cotización que se utilizará será la más reciente cotización cambiaria para la conversión de divisas a derechos especiales de giro.

#### **Artículo 7** **Subrogación**

Si un Estado Contratante realiza pagos a cualquiera de sus nacionales o sociedades respecto a una garantía que haya asumido en relación a una inversión en el territorio del otro Estado Contratante, este último reconocerá la transmisión, ya sea bajo una ley o conforme a una transacción legal, de cualquier derecho o reclamación de dicho nacional o sociedad al primer Estado Contratante. El Estado Contratante de que se trate reconocerá la subrogación del primer Estado Contratante en cualquier derecho o reclamación (reclamaciones asignadas). No obstante, en caso de controversia, únicamente, podrá ejercitar estos derechos e interponer dichas reclamaciones una persona natural o persona legal privada a la cual el primer Estado Contratante haya asignado el derecho de acción. Respecto a la transferencia de pagos realizados en virtud de dichas reclamaciones asignadas, el Artículo 4, párrafos 2 y 3, así como los Artículos 5 y 6 se aplicarán *mutatis mutandis*.

#### **Artículo 8** **Otras Disposiciones**

1. Si de las disposiciones legales de uno de los Estados Contratantes, o de obligaciones emanadas del Derecho Internacional al margen del presente Acuerdo, actuales o futuras, entre los Estados Contratantes, resultare una reglamentación general o especial en virtud de la cual deba concederse a las inversiones de los



nacionales o sociedades del otro Estado Contratante un trato más favorable que el previsto en el presente Acuerdo, dicha reglamentación prevalecerá sobre el presente Acuerdo, en cuanto sea más favorable.

2. Cada Estado Contratante observará cualquier otra obligación por escrito que haya asumido en relación a inversiones en su territorio por nacionales o sociedades del otro Estado Contratante; las controversias surgidas respecto de dichas obligaciones, serán solucionadas únicamente de acuerdo a las disposiciones contenidas en el contrato respectivo.

#### **Artículo 9**

##### **Ambito de aplicación**

El presente Acuerdo se aplicará también a las inversiones efectuadas por los nacionales o sociedades de un Estado Contratante antes de la entrada en vigor del mismo, conforme a las disposiciones legales del otro Estado Contratante en su territorio. Sin embargo, no se aplicará a divergencias o controversias que hayan surgido con anterioridad a su entrada en vigor.

### **PARTE II: SOLUCION DE CONTROVERSIAS**

#### **Sección 1: Solución de Controversias entre los Estados Contratantes**

#### **Artículo 10**

##### **Controversias entre los Estados Contratantes**

1. Las controversias que surgieren entre los Estados Contratantes sobre la interpretación o aplicación del presente Acuerdo deberán, en lo posible, ser dirimidas mediante consultas o negociaciones por los gobiernos de ambos Estados Contratantes.

2. Si una controversia no pudiere ser dirimida de esa manera, una vez transcurridos como mínimo cuatro meses contados a partir de la notificación del inicio de consultas o negociaciones, aquélla será sometida a un tribunal arbitral a petición de uno de los Estados Contratantes.

3. El tribunal arbitral será constituido *ad hoc*; cada Estado Contratante nombrará a un miembro, y los dos miembros se pondrán de acuerdo para elegir como Presidente a un nacional de un tercer Estado que será nombrado por los gobiernos de ambos Estados Contratantes. Los miembros serán nombrados dentro de un plazo de dos meses, y el Presidente dentro de un plazo de tres meses; dichos plazos serán contados a partir de que uno de los Estados Contratantes haya comunicado al otro que desea someter la controversia a un tribunal arbitral.

4. Si los plazos previstos en el párrafo 3 no fueren observados, y a falta de otro arreglo, cada Estado Contratante podrá invitar al Presidente de la Corte Internacional de Justicia a proceder a los nombramientos necesarios. En caso de que el Presidente sea nacional de uno de los Estados Contratantes o se halle impedido por otra causa, corresponderá al Vicepresidente efectuar los nombramientos. Si el Vicepresidente también fuere nacional de uno de los dos Estados Contratantes o si se hallare también impedido, corresponderá efectuar los nombramientos al miembro de la Corte que siga inmediatamente en el orden jerárquico y no sea nacional de uno de los Estados Contratantes.

5. El tribunal arbitral tomará sus decisiones por mayoría de votos. Sus decisiones serán obligatorias. Cada Estado Contratante sufragará los gastos ocasionados por la actividad de su árbitro y de sus representantes en el procedimiento arbitral; los gastos del Presidente, así como los demás gastos, serán sufragados por partes iguales por los dos Estados Contratantes. El tribunal arbitral podrá adoptar un reglamento diferente en lo que concierne a los gastos. Por lo demás, el tribunal arbitral determinará su propio procedimiento.

**Sección 2: Solución de Controversias entre un Nacional o Sociedad de un Estado  
Contratante y el otro Estado Contratante**

**Artículo 11**

**Ambito y Derecho de Acción**

Esta Sección se aplica a controversias entre un Estado Contratante y un nacional o sociedad del otro Estado Contratante, que surjan a partir de que el Acuerdo entre en vigor, respecto de un supuesto incumplimiento de una obligación del Estado Contratante conforme a este Acuerdo, que ocasione pérdida o daño al nacional o sociedad o a su inversión. Una sociedad que sea una inversión de un nacional o sociedad del otro Estado Contratante, no podrá someter reclamación alguna a arbitraje de acuerdo con esta Sección.

**Artículo 12**

**Medios de Solución y Plazos**

1. De ser posible, la controversia debe resolverse a través de negociaciones o consultas. De no ser resuelta, el nacional o la sociedad de un Estado Contratante pueden decidir someter la controversia a resolución:

- a) de los tribunales ordinarios o administrativos del Estado Contratante que es parte en la controversia;
- b) de acuerdo con cualquier procedimiento de solución de controversias previamente acordado, o
- c) de acuerdo con este Artículo:

- i) al Centro Internacional de Arreglo de Diferencias Relativas a Inversiones ("el Centro"), establecido de acuerdo al Convenio sobre Arreglo de Diferencias Relativas a Inversiones entre Estados y Nacionales de Otros Estados ("el Convenio del CIADI"), si el Estado Contratante del nacional o sociedad de que se trate y el otro Estado Contratante son partes del Convenio del CIADI;
- ii) al Centro, conforme a las Reglas del Mecanismo Complementario del CIADI, cuando uno de los Estados Contratantes, pero no ambos, sea Estado Parte del Convenio del CIADI;
- iii) a un sólo árbitro o a un tribunal arbitral *ad hoc*, establecido de acuerdo con las reglas de arbitraje de la Comisión de las Naciones Unidas para el Derecho Mercantil Internacional ("CNUDMI");
- iv) a un sólo árbitro de la Cámara Internacional de Comercio o a un tribunal arbitral *ad hoc*, de acuerdo con sus reglas de arbitraje.

2. Las reglas aplicables al arbitraje regirán al mismo, salvo en la medida de lo modificado por esta Sección.

3. Una controversia puede ser sometida a resolución, de acuerdo con el párrafo 1, inciso c) de este artículo, una vez que hayan transcurrido seis meses desde que los actos que motivan la reclamación tuvieron lugar, siempre que el nacional o sociedad de un Estado Contratante haya entregado al otro Estado Contratante que es

parte en la controversia, notificación por escrito de su intención de someter la reclamación a arbitraje por lo menos con 60 días de anticipación, y siempre y cuando no haya transcurrido un plazo de cuatro años a partir de la fecha en que el nacional o sociedad tuvo o debió haber tenido conocimiento de los actos que dieron lugar a la controversia.

4. En caso de que un nacional o sociedad de la República Federal de Alemania o su inversión haya comenzado un procedimiento ante un tribunal de los Estados Unidos Mexicanos, la controversia solamente podrá someterse al arbitraje si el tribunal competente mexicano no ha dictado sentencia en primera instancia sobre el fondo del asunto.

5. Si un nacional o sociedad de un Estado Contratante somete una controversia a arbitraje, ni aquél ni la sociedad que sea objeto de su inversión, podrán iniciar o continuar un procedimiento ante un tribunal nacional.

#### **Artículo 13**

##### **Consentimiento del Estado Contratante**

Cada Estado Contratante otorga su consentimiento incondicional al sometimiento de una controversia a arbitraje internacional de acuerdo con esta Sección.

#### **Artículo 14**

##### **Integración del Tribunal Arbitral**

1. A menos que las partes contendientes convengan otra cosa, el tribunal arbitral se integrará por tres miembros. Cada parte contendiente designará un miembro y éstos, a su vez, deberán nombrar a un tercero como Presidente.

2. Los miembros de los tribunales arbitrales deben tener experiencia en Derecho Internacional y en materia de inversión.

3. Si un tribunal arbitral no ha sido constituido dentro de un término de 90 días contado a partir de la fecha en que la reclamación fue sometida a arbitraje, ya sea porque una de las partes contendientes no designó miembro o los nombrados no llegaron a un acuerdo sobre el Presidente, el Secretario General del CIADI, a petición de cualquiera de las partes contendientes, nombrará a su discreción al miembro o miembros aún no designados. No obstante, el Secretario General del CIADI, en el momento de designar al Presidente, deberá asegurarse que dicho Presidente no sea nacional de alguno de los Estados Contratantes.

#### **Artículo 15** **Acumulación**

1. Un tribunal de acumulación establecido conforme a este Artículo se instalará de acuerdo a las Reglas de Arbitraje de la CNUDMI y procederá de conformidad con sus disposiciones, salvo lo dispuesto por esta Sección.

2. Los procedimientos se acumularán en los siguientes casos:

- a) cuando un nacional o sociedad de un Estado Contratante presente una reclamación en representación de una sociedad de su propiedad o que esté bajo su control y, simultáneamente, otro(s) nacional(es) o sociedad(es) de ese mismo Estado Contratante que tengan participación en la misma sociedad, pero sin tener control de ésta, presenten reclamaciones por cuenta propia como consecuencia de las mismas violaciones de este Acuerdo; o

- b) cuando se sometan a arbitraje dos o más reclamaciones derivadas de cuestiones de hecho y de derecho comunes.

3. El tribunal de acumulación resolverá sobre la jurisdicción a la que habrán de someterse las reclamaciones y examinará conjuntamente dichas reclamaciones, salvo que un nacional o sociedad alegue que sus intereses son seriamente perjudicados.

#### **Artículo 16**

##### **Lugar del Arbitraje**

A petición de cualquiera de las partes contendientes, cualquier arbitraje que se lleve a cabo conforme a esta Sección se realizará en un Estado que sea parte de la Convención de las Naciones Unidas sobre el Reconocimiento y Ejecución de las Sentencias Arbitrales Extranjeras ("Convención de Nueva York"). Conforme a esta Sección, se considerará que las reclamaciones sometidas a arbitraje surgen de una relación u operación comercial para los efectos del Artículo 1 de la Convención de Nueva York.

#### **Artículo 17**

##### **Indemnización**

Ningún Estado Contratante podrá plantear como medio de defensa, reconvencción, u otro, que una indemnización u otra compensación ha sido recibida o habrá de recibirse por una parte o la totalidad del daño en virtud de una garantía o de un contrato de seguro.

**Artículo 18**  
**Derecho Aplicable**

Un tribunal establecido conforme a esta Sección decidirá la controversia de conformidad con este Acuerdo, y con las reglas y principios aplicables del Derecho Internacional.

**Artículo 19**  
**Laudos y Ejecución**

1. Los laudos pueden tomar las siguientes formas de resolución:
  - a) declaración de que el Estado Contratante no ha cumplido con sus obligaciones de conformidad con este Acuerdo;
  - b) indemnización compensatoria, que debe incluir intereses desde el momento en que se causen los daños hasta la fecha de pago;
  - c) restitución en especie, en casos apropiados, pero el Estado Contratante puede pagar en su lugar indemnización compensatoria, cuando la restitución en especie no sea factible. La restitución en especie incluye la restitución de la propiedad, y;
  - d) con el consentimiento de las partes contendientes, cualquier otra forma de resolución.
  
2. Los laudos serán definitivos y obligatorios solamente respecto de las partes contendientes y solamente con respecto al caso concreto.



3. Un tribunal arbitral no podrá exigir a un Estado Contratante el pago de daños que tengan carácter punitivo.

4. Cada Estado Contratante deberá tomar, en su territorio, las medidas necesarias para la efectiva ejecución del laudo de acuerdo con lo establecido en este artículo, y acatar y cumplir sin demora cualquier laudo emitido en un procedimiento del cual sea parte contendiente.

5. Un nacional o sociedad podrá recurrir a la ejecución de un laudo, a través del Convenio del CIADI o de la Convención de Nueva York.

#### **Artículo 20**

##### **Exclusiones**

No estarán sujetas al mecanismo de solución de controversias de esta Sección, las resoluciones que adopte un Estado Contratante que, por razones de seguridad nacional, prohíban o restrinjan la adquisición de una inversión en su territorio que sea propiedad o esté controlada por sus nacionales, por parte de nacionales o sociedades del otro Estado Contratante, de conformidad con la legislación del Estado Contratante de que se trate.

### **PARTE III: DISPOSICIONES FINALES**

#### **Artículo 21**

##### **Protocolo**

El Protocolo anexo es parte integral de este Acuerdo.

**Artículo 22**

**Entrada en Vigor, Vigencia y Terminación**

1. El presente Acuerdo estará sujeto a ratificación. Los instrumentos de ratificación serán canjeados lo antes posible.

2. El presente Acuerdo entrará en vigor un mes después de la fecha en que se haya efectuado el canje de los instrumentos de ratificación. Su validez será de diez años y se prolongará después por tiempo indefinido, a menos que fuera denunciado por escrito por uno de los Estados Contratantes doce meses antes de su expiración. Transcurridos diez años, cada Estado Contratante podrá denunciar el Acuerdo en cualquier momento, mediante notificación realizada con 12 meses de anticipación.

3. Para inversiones realizadas hasta el momento de expiración del presente Acuerdo, las disposiciones de los Artículos 1 al 21 seguirán rigiendo durante los 15 años subsiguientes a la fecha en que haya expirado la vigencia del presente Acuerdo.

Hecho en la Ciudad de México, el veinticinco de agosto de mil novecientos noventa y ocho, en dos ejemplares, en idioma español y alemán, siendo ambos textos igualmente auténticos.

**POR LOS ESTADOS  
UNIDOS MEXICANOS**

**POR LA REPUBLICA  
FEDERAL DE ALEMANIA**

The image shows two handwritten signatures in black ink. The signature on the left is for the Mexican representative, and the signature on the right is for the German representative. Both signatures are written in a cursive, flowing style.

**PROTOCOLO DEL ACUERDO ENTRE LOS ESTADOS UNIDOS MEXICANOS Y LA  
REPUBLICA FEDERAL DE ALEMANIA SOBRE PROMOCION Y PROTECCION  
RECIPROCA DE LAS INVERSIONES**

En el acto de la firma del Acuerdo entre los Estados Unidos Mexicanos y la República Federal de Alemania sobre Promoción y Protección Recíproca de las Inversiones, los plenipotenciarios, estando debidamente autorizados, han acordado adicionar las siguientes disposiciones, que se considerarán como parte integral de dicho Acuerdo.

**1. Ad Artículo 1**

- a) para mayor claridad, los Estados Contratantes están de acuerdo en comprender conforme al Artículo 1, párrafo 1, y conforme al Artículo 6, únicamente aquellas inversiones que sean realizadas con el propósito de establecer relaciones económicas duraderas con una sociedad, tales como, en particular, Inversiones que brinden la posibilidad de ejercer una influencia efectiva en la administración de aquélla.
- b) el término inversión "indirecta" cubrirá únicamente aquellas situaciones donde tanto la subsidiaria como su inversión se encuentren localizadas en el territorio de un mismo Estado Contratante.
- c) las rentas de una inversión y, en caso de reinversión, las rentas de esta última gozarán de igual protección que la inversión misma.

**2. Ad Artículo 2**

El Artículo 2, párrafo 3, deberá también aplicarse al acceso a y al uso de sistemas de distribución física relacionados con una inversión, de conformidad con los acuerdos internacionales firmados por los Estados Contratantes.

**3. Ad Artículo 3**

- a) no se considerarán como "trato menos favorable" en el sentido del Artículo 3 las medidas que se tomen por razones de seguridad y orden público, sanidad o moralidad.
- b) las disposiciones del Artículo 3 no obligan a un Estado Contratante a extender a las personas naturales y sociedades residentes en el territorio del otro Estado Contratante las ventajas, exenciones y reducciones fiscales que según las leyes tributarias sólo se concedan a las personas naturales y sociedades residentes en su territorio.
- c) los Estados Contratantes, de acuerdo con sus disposiciones legales internas, tramitarán con benevolencia las solicitudes de inmigración, residencia y permisos de trabajo del personal clave de uno de los Estados Contratantes que, en relación con una inversión, quieran entrar en el territorio del otro Estado Contratante.
- d) cada Estado Contratante podrá exigir a los nacionales o sociedades del otro Estado Contratante en su territorio, que proporcionen la información periódica con fines estadísticos relacionada con su inversión.

#### 4. Ad Artículo 4

Para determinar el valor adecuado de mercado pueden incluirse todos los criterios de valuación apropiados.

#### 5. Ad Artículo 6

- a) una transferencia se considerará realizada "sin demora" en el sentido del artículo 6, párrafo 2, cuando se haya efectuado dentro del plazo normalmente necesario para el cumplimiento de las formalidades de transferencia. El plazo, que en ningún caso podrá exceder de dos meses, comenzará a correr en el momento de presentación de la solicitud correspondiente.
- b) En caso de un desequilibrio fundamental de la balanza de pagos o de una amenaza del mismo, los Estados Unidos Mexicanos pueden limitar temporalmente y hasta una duración de doce meses la libre transferencia de capital conforme al párrafo 1, inciso d. Estas restricciones se establecerán de forma equitativa, no discriminatoria y de buena fe.

#### 6. Ad Artículo 11

Conforme al Artículo 11, un supuesto incumplimiento de este Acuerdo debe estar causalmente ligado a una pérdida o daño para el nacional, sociedad o su inversión, para que el nacional o la sociedad tengan derecho de acción para iniciar una reclamación en contra del Estado receptor de la inversión. No obstante, el daño siendo inminente no tendrá que haberse sufrido antes de que la controversia pueda someterse a arbitraje, pero deberá haber ocurrido para que el tribunal arbitral tome la decisión que corresponda, excepto en los casos previstos en el Artículo 19, párrafo 1, incisos a) y d).

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE UNITED MEXICAN STATES AND THE  
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY ON THE PROMOTION AND RE-  
CIPROCAL PROTECTION OF INVESTMENTS

The United Mexican States and the Federal Republic of Germany,  
Desiring to intensify economic cooperation between the two Contracting States,  
Intending to create favourable conditions for investments by nationals and companies  
of either Contracting State in the territory of the other Contracting State,

Recognizing that the promotion and protection of investments through a bilateral  
Agreement are apt to stimulate private business initiative and to increase the prosperity of  
the two nations,

Have agreed as follows:

PART I: PROTECTION OF INVESTMENTS

*Article I. Definitions*

For the purpose of this Agreement:

1. The term "investments" shall apply to assets of any category acquired or used, di-  
rectly or indirectly, for economic activities or for other business purposes, in particular:

(a) Movable and immovable property as well as any other rights in rem, such as mort-  
gages, liens and pledges;

(b) Shares of companies and other kinds of interests in companies;

(c) Rights arising from all types of capital contributions which have been used to cre-  
ate an economic value or rights to any performance having an economic value;

(d) Intellectual property rights including, in particular, copyrights, patents, utility  
models, industrial designs and models, trademarks and trade names, industrial and com-  
mercial secrets, technical processes, know-how and goodwill;

(e) Rights arising from concessions granted by any legal means.

No change in the form in which assets are invested shall affect their status as an invest-  
ment, provided that the change is in accordance with the foregoing definition.

Commercial transactions solely involving the sale of goods or services and credits in-  
tended to finance commercial transactions of a duration of less than three years, other cred-  
its of a duration of less than three years and credits granted to the Contracting State or to a  
State enterprise shall not be regarded as investments. These provisions shall not, however,  
apply to loans granted by a national or company of one of the Contracting States to a com-  
pany of the other Contracting State owned or controlled by the said national or company or  
to loans by third parties to companies not considered State enterprises, i.e. established in  
accordance with private law, with joint public and private capital, where the loan bears any  
of the following features:

- (a) It is for a specific project;
- (b) It is for a period of more than three years;
- (c) It is intended to finance this project;
- (d) The creditor bears the commercial risks; and
- (e) The creditor is permitted to participate, directly or indirectly, in the project through the aforesaid national or company.

2. The term "returns" shall mean the amounts yielded by an investment as shares in profits, dividends, interest, royalties or other fees.

3. The term "nationals" shall mean:

(a) In respect of the Federal Republic of Germany: Germans within the meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany;

(b) In respect of the United Mexican States: Mexicans within the meaning of the Political Constitution of the United Mexican States.

4. The term "companies" shall mean any juridical person as well as any commercial or other company or association constituted and organized in accordance with the laws of either Contracting Party and having its seat in the territory of either Contracting Party, whether or not its activities are directed at profit.

5. The term "territory" shall mean the territory of each of the Contracting States, including the territorial sea as well as the exclusive economic zone and the continental shelf, over which the Contracting State in question exercises sovereign rights or jurisdiction under international law.

#### *Article 2. Promotion, admission and protection of investments*

1. Each of the Contracting States shall, to the extent possible, promote investments by nationals or companies of the other Contracting State and shall admit such investments in its territory in accordance with its legislation.

2. Each Contracting State shall accord full protection and security to investments made in accordance with its legislation by nationals or companies of the other Contracting State.

3. Each Contracting State shall at all times accord fair and equitable treatment to investments of the other Contracting State. The Contracting States shall in no case impair through arbitrary or discriminatory measures the operation, management, maintenance, use, enjoyment or disposal of such investments.

#### *Article 3. Treatment of investments*

1. Each Contracting State shall accord investments in its territory owned or controlled by nationals or companies of the other Contracting State treatment no less favourable than that accorded to investments of its own nationals or companies or to investments of nationals or companies of any third State.

2. Each Contracting State shall accord nationals or companies of the other Contracting State in its territory, insofar as their investment-related activities indicated in article 2, paragraph 3, are concerned, treatment no less favourable than that accorded to its own nationals and companies or to nationals and companies of any third State.

3. Such treatment shall not extend to privileges which either Contracting State accords to nationals or companies of third States on account of their membership in or association with a customs or economic union, a common market or a free-trade area.

4. The treatment granted under this article shall not refer to privileges granted by either Contracting State to nationals or companies of third States by virtue of an agreement to avoid double taxation or other agreements regarding taxation matters.

#### *Article 4. Protection from expropriation*

1. Investments by nationals or companies of either Contracting State shall not be expropriated, nationalized or subjected to any other measure the effects of which would be tantamount, directly or indirectly, to expropriation or nationalization in the territory of the other Contracting State, except for the public benefit, on a non-discriminatory basis and in accordance with due legal process, and against compensation.

2. Compensation shall be equivalent to the fair market value of the investment expropriated immediately before the date on which the actual or impending expropriation, nationalization or comparable measure was publicly announced. The compensation shall be paid without delay and shall carry interest at the usual commercial rate until the time of payment; it shall be effectively realizable and freely transferable, in accordance with the provisions of article 6. Appropriate measures must be taken by the time of expropriation, nationalization or comparable measure, at the latest, to determine the amount of compensation and to pay it. The legality of any such expropriation, nationalization or comparable measure and the amount of compensation shall be subject to review by due process of law.

3. Nationals or companies of either Contracting State shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting State in respect of the matters provided for in this article.

#### *Article 5. Other protection*

Nationals or companies of either Contracting State whose investments suffer losses owing to war or other armed conflict, revolution, state of national emergency or revolt in the territory of the other Contracting State shall be accorded by such other Contracting State treatment no less favourable than that which that State accords to its own nationals or companies, or nationals or companies of third States, as regards restitution, indemnification, compensation or other payments. Such amounts must be freely transferable in accordance with the provisions of article 6.



*Article 6. Transfers*

1. Each Contracting State shall guarantee to the nationals and companies of the other Contracting State the free transfer of all payments connected with an investment, in particular:

- (a) Of the capital and additional amounts to maintain or increase the investment;
- (b) Of the returns;
- (c) In repayment of loans;
- (d) Of the proceeds from the sale or disposal of the whole or any part of the investment;
- (e) Of the compensation provided for in articles 4 and 5.

2. Transfers in accordance with article 4, paragraph 2, and with articles 5, 6 or 7, shall be made without delay at the market exchange rate on the date of the transfer.

3. Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, the Contracting States may prevent the realization of transfers by applying their laws and regulations equitably, in good faith and without discrimination to protect the rights of creditors, the issuance, trading or transacting of securities and reports on transfers of currency and other monetary instruments, or to ensure the performance of decisions in civil, administrative or criminal proceedings.

4. In the absence of an exchange market, the applicable rate shall be the most recent exchange rate applied for conversion of the respective currencies into special drawing rights.

*Article 7. Subrogation*

If either Contracting State makes payment to any of its nationals or companies under a guarantee that it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting State, the latter Contracting State shall recognize the assignment, whether under a law or pursuant to a legal procedure, of any right or claim from such national or company to the former Contracting State. The latter Contracting State shall also recognize the subrogation of the former Contracting State to any such right or claim (assigned claims). Should there be any dispute, however, only the natural person or private juridical person to whom the former Contracting State has assigned the right to take legal action may exercise those rights and lodge such claims. As regards the transfer of payments by virtue of such assignment, article 4, paragraphs 2 and 3, as well as articles 5 and 6 shall apply *mutatis mutandis*.

*Article 8. Other provisions*

1. If the legislation of either Contracting State or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting States in addition to this Agreement should contain a regulation, whether general or specific, entitling investments by nationals or companies of the other Contracting State to a treatment more favourable

than is provided for by this Agreement, such regulation shall, to the extent that it is more favourable, prevail over this Agreement.

2. Each Contracting State shall observe any other written obligations it may have entered into with regard to investments in its territory by nationals or companies of the other Contracting State; disputes arising out of such obligations shall be resolved solely in accordance with the provisions of the relevant contract.

*Article 9. Scope of application*

This Agreement shall also apply to investments made by nationals or companies of either Contracting State consistent with the laws of the other Contracting State in its territory prior to the entry into force of the Agreement. It shall not, however, apply to divergences or disputes arising prior to its entry into force.

PART II: DISPUTE SETTLEMENT

SECTION I: DISPUTE SETTLEMENT BETWEEN THE CONTRACTING STATES

*Article 10. Disputes between the Contracting States*

1. Disputes between the Contracting States concerning the interpretation or application of this Agreement shall as far as possible be settled through consultations or negotiations by the Governments of the two Contracting States.

2. If a dispute cannot thus be settled within four months from the date of notification of the beginning of consultations or negotiations, it shall be submitted to an arbitral tribunal at the request of either Contracting State.

3. Such arbitral tribunal shall be constituted ad hoc as follows: each Contracting State shall appoint one member and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman, to be appointed by the Governments of the two Contracting States. The members shall be appointed within two months and the chairman within three months from the date on which either Contracting State has informed the other that it intends to submit the dispute to an arbitral tribunal.

4. If the periods specified in paragraph 3 above have not been observed, and in the absence of any other relevant arrangement, either Contracting State may invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting State or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President shall make the appointments. If the Vice-President is also a national of either Contracting State or if he too is prevented from discharging the said function, the member of the Court next in seniority who is not a national of either Contracting State shall make the appointments.

5. The arbitral tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be binding. Each Contracting State shall bear the cost of its own member and of its representatives in the arbitral proceedings; the cost of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by the Contracting States. The arbitral tribunal may make a

different regulation concerning costs. In all other respects, the arbitral tribunal shall determine its own procedure.

SECTION 2: SETTLEMENT OF DISPUTES BETWEEN A NATIONAL OR COMPANY OF A CONTRACTING STATE AND THE OTHER CONTRACTING STATE

*Article 11. Scope and standing*

This Section applies to disputes between a Contracting State and a national or company of the other Contracting State arising subsequent to the entry into force of the Agreement, concerning an alleged breach of an obligation of the Contracting State under this Agreement which causes loss or damage to the national or company or to its investment. A company that is an investment made by a national or company of the other Contracting State may not submit a claim to arbitration under this Section.

*Article 12. Means of settlement and time periods*

1. A dispute should, if possible, be settled by negotiation or consultation. If it is not so settled, the national or company of a Contracting State may decide to submit the dispute for resolution either:

(a) To the ordinary or administrative tribunals of the Contracting State which is a party to the dispute, or

(b) In accordance with any previously agreed dispute settlement procedure, or

(c) In accordance with this Article, to either

(i) The International Centre for Settlement of Investment Disputes ("the Centre"), established pursuant to the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and nationals of other States ('the ICSID Convention'), if the Contracting State of the national or company concerned and the other Contracting State are parties to the ICSID Convention;

(ii) The Centre under the rules governing the ICSID Additional Facility, if one of the Contracting States, but not both, is a State Party to the ICSID Convention;

(iii) A single arbitrator or an ad hoc arbitral tribunal, established under the Arbitration Rules of the United Nations Commission on International Trade Law ("UNCITRAL");

(iv) A single arbitrator of the International Chamber of Commerce or an ad hoc tribunal, in accordance with its arbitration rules.

2. The applicable arbitration rules shall govern the arbitration, except to the extent modified by this Section.

3. A dispute may be submitted for resolution pursuant to paragraph 1 (c) of this article, provided that six months have elapsed since the events giving rise to the claim occurred and provided that the national or company of a Contracting State has delivered to the other Contracting State that is party to the dispute written notice of his or its intention to submit the claim to arbitration at least 60 days in advance, but not later than four years from the

date the national or company first acquired or should have acquired knowledge of the events which gave rise to the dispute.

4. If a national or company of the Federal Republic of Germany, or its investment, has instituted proceedings before a tribunal of the United Mexican States, the dispute may be submitted to arbitration only if the competent Mexican tribunal has not ruled as first instance on the merits of the case.

5. If a national or company of a Contracting State submits a dispute to arbitration, neither the national nor the company in which he has invested may institute or continue proceedings before a national tribunal.

#### *Article 13. Contracting State consent*

Each Contracting State hereby gives its unconditional consent to the submission of a dispute to international arbitration in accordance with this Section.

#### *Article 14. Formation of the Arbitral Tribunal*

1. Unless the parties to the dispute agree otherwise, the arbitral tribunal shall comprise three members. Each party to the dispute shall appoint one member, and these two members in turn shall likewise agree upon a third member as their Chairman.

2. Members of arbitral tribunals must have experience of international law and of investment matters.

3. If an arbitral tribunal has not been constituted within 90 days from the date the claim was submitted to arbitration, either because a party to the dispute failed to appoint a member or the appointed members failed to agree upon a chairman, the Secretary General of ICSID, on the request of any of the parties to the dispute, shall at his discretion appoint the member or members not yet designated. Nevertheless, the Secretary General of ICSID, when appointing a chairman, shall make sure that the chairman is not a national of either of the Contracting States.

#### *Article 15. Consolidation*

1. A tribunal of consolidation established under this article shall be installed under the UNCITRAL Arbitration Rules and shall conduct its proceedings in accordance with those rules, except as provided by this Section.

2. Proceedings will be consolidated in the following cases:

(a) When a national or company of a Contracting State submits a claim on behalf of a company that he owns or controls and, simultaneously, another national or other nationals, or another company or other companies, of the same Contracting State participating in the same company but not controlling it, submit claims on their own behalf as a consequence of the same breaches of this Agreement; or

(b) When two or more claims are submitted to arbitration arising from common legal and factual issues.

3. The tribunal of consolidation will decide the jurisdiction of the claims and will jointly review such claims, unless a national or company alleges that its interests are seriously harmed.

*Article 16. Place of Arbitration*

Any arbitration under this Section shall, at the request of any party to the dispute, be held in a State that is party to the United Nations Convention on the Recognition and Enforcement of Foreign Arbitral Awards (the New York Convention). Under this Section, claims submitted to arbitration shall be considered to arise out of a commercial relationship or transaction for the purposes of Article 1 of the New York Convention.

*Article 17. Indemnification*

A Contracting Party shall not assert as a defence, counter-claim or for any other reason, that indemnification or other compensation has been received for all or part of the damage pursuant to a guarantee or insurance contract.

*Article 18. Applicable Law*

A tribunal established under this Section shall decide the dispute in accordance with this Agreement and applicable rules and principles of international law.

*Article 19. Awards and Enforcement*

1. Arbitration awards may provide the following forms of relief:
  - (a) A declaration that the Contracting State has failed to comply with its obligations under this Agreement;
  - (b) Pecuniary compensation, which shall include interest from the time the damage was incurred until the date of payment;
  - (c) Restitution in kind in appropriate cases, provided that the Contracting State may pay pecuniary compensation in lieu thereof where restitution in kind is not practicable. Restitution in kind includes restitution of property; and
  - (d) With the consent of the parties to the dispute, any other form of relief.
2. Arbitration awards shall be final and binding only upon the parties to the dispute and only with respect to the particular case.
3. An arbitral tribunal may not order a Contracting Party to pay punitive damages.
4. Each Contracting Party shall, in its territory, make provision for the effective enforcement of awards made pursuant to this article and shall carry out without delay any such award issued in a proceeding to which it is party.
5. A national or company may seek enforcement of an arbitration award under the ICSID Convention or the New York Convention.

*Article 20. Exclusions*

The dispute settlement provisions of this Section shall not apply to the resolutions adopted by a Contracting State which, in accordance with its legislation and for national security reasons, prohibit or restrict the acquisition by nationals or companies of the other Contracting State of an investment in the territory of the former Contracting State, owned or controlled by its nationals.

PART III: FINAL PROVISIONS

*Article 21. Protocol*

The annexed Protocol is an integral part of this Agreement.

*Article 22. Entry into force, duration and termination*

1. This Agreement shall be ratified. The instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.
2. This Agreement shall enter into force one month after the date of the exchange of instruments of ratification. It shall remain in force for a period of ten years and shall be extended thereafter for an indefinite period unless either Contracting Party gives written notice to the other of its intention to terminate the Agreement 12 months before its expiration. After the first ten years, either Contracting Party may denounce the Agreement at any time by giving 12 months' notice.
3. In respect of investments made prior to the date of termination of this Agreement, the provisions of Articles 1 to 21 shall remain in force for a further period of 15 years from the date of termination of this Agreement.

Done at Mexico City on 25 August 1998 in two original copies in the Spanish and German languages, both texts being equally authentic.

For the United Mexican States:  
HERMINIO BLANCO MENDOZA

For the Federal Republic of Germany:  
WERNER REICHENBAUM

PROTOCOL TO THE AGREEMENT BETWEEN THE UNITED MEXICAN STATES  
AND THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY ON THE PROMOTION AND  
RECIPROCAL PROTECTION OF INVESTMENTS

With the signing of the Agreement between the United Mexican States and the Federal Republic of Germany on the Promotion and Reciprocal Protection of Investments, the plenipotentiaries, being duly authorized thereto, have agreed on the following provisions, which shall be regarded as an integral part of the said Agreement:

1. Ad Article 1

(a) For greater clarity, the Contracting States agree that the term "investments" referred to in article 1, paragraph 1, and article 6, shall be deemed to apply exclusively to those made for the purpose of establishing lasting economic relations with a company, in particular investments that offer the possibility of exercising real influence on the company's management.

(b) The term "indirect investment" shall be understood to refer exclusively to situations in which both the subsidiary and its investment are located in the territory of the same Contracting State.

(c) The income generated by an investment and, in the case of re-investment, the income generated by the latter shall enjoy the same protection as the investment itself.

2. Ad Article 2

Article 2, paragraph 3, shall also apply to access to, and use of, systems of physical distribution relating to an investment, in conformity with the international agreements signed by the Contracting States.

3. Ad Article 3

(a) Measures that are adopted for reasons of security or public order, public health or morality shall not be deemed "treatment less favourable" within the meaning of article 3.

(b) The provisions of article 3 do not obligate a Contracting State to extend tax privileges, exemptions and relief accorded by its tax laws only to natural persons resident in its territory and companies having their seat therein to natural persons resident in the territory of the other Contracting State and companies having their seat therein.

(c) The Contracting States shall, within the framework of their national legislation, give sympathetic consideration to applications for entry, sojourn and work permits for key personnel of either Contracting State who wish to enter the territory of the other Contracting State in connection with an investment.

(d) Either Contracting State may require nationals or companies of the other Contracting State in its territory to provide periodic information relating to their investment for statistical purposes.

4. Ad Article 4

For the purpose of determining fair market value, all appropriate valuation criteria may be included.

5. Ad Article 6

(a) A transfer shall be deemed to have been made "without delay" within the meaning of article 6, paragraph 2, if effected within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. The said period, which may not in any case exceed two months, shall begin at the time when the respective request is delivered.

(b) In the event of serious balance of payments difficulties or the threat thereof, the United Mexican States may temporarily restrict transfers of capital under paragraph 1 (d) for a period of up to twelve months. These restrictions would be imposed on an equitable and non-discriminatory basis and in good faith.

6. Ad Article 11

Under article 11, an alleged breach of this Agreement must be causally linked to damage for the national or company or its investment if the national or company is to have a right of action to lodge a claim against the State receiving the investment. Damage which is imminent need not have already occurred before the dispute is submitted to arbitration; however, the damage must have already occurred for the arbitral tribunal to rule upon it, except in the cases provided for in article 19, paragraph 1 (a) and (d).



[TRANSLATION — TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LES ÉTATS-UNIS DU MEXIQUE ET LA RÉPUBLIQUE  
FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE RELATIF À LA PROMOTION ET À LA  
PROTECTION RÉCIPROQUES DES INVESTISSEMENTS

Les États-Unis du Mexique et la République fédérale d'Allemagne,

Animés du désir d'intensifier la collaboration économique entre les deux États contrac-  
tants,

Entendant créer des conditions favorables aux investissements des ressortissants ou  
des sociétés de l'un des États contractants dans le territoire de l'autre État contractant,

Reconnaissant que la promotion et la protection des investissements au moyen d'un ac-  
cord bilatéral sont de nature à stimuler l'initiative économique privée et à accroître la pros-  
périté des deux peuples,

Sont convenus comme suit :

PREMIÈRE PARTIE. PROTECTION DES INVESTISSEMENTS

*Article premier. Définitions*

Aux fins du présent Accord :

1. Le terme " investissement " s'entend de tous les types d'actifs acquis ou employés  
directement ou indirectement aux fins d'activités économiques ou à d'autres fins d'entre-  
prise, notamment :

a) La propriété de biens meubles et d'autres droits réels ou personnels tels qu'hy-  
pothèques, gages et nantissements;

b) Les droits de participation dans les sociétés et autres formes de participation dans  
des sociétés;

c) Les droits découlant de tout type d'apports de capital réalisés dans le but de créer une  
valeur économique ou des droits à prestation ayant une valeur économique;

d) Les droits de propriété intellectuelle et industrielle, tels que droits d'auteur, brevets,  
modèles d'utilité, dessins et modèles industriels, marques, dénominations commerciales,  
secrets industriels et commerciaux, procédés techniques, connaissances techniques (know-  
how), fonds de commerce et actifs incorporels (goodwill); et

e) Les droits découlant de concessions accordées par des entités de droit public.

Les modifications de la forme d'investissement des actifs n'affectent pas leur qualifi-  
cation d'investissement, à condition que ces modifications soient incluses dans la définition  
qui précède.

Ne sont toutefois pas inclus dans ces investissements les opérations commerciales  
visant exclusivement la vente de biens ou de services, ni les crédits destinés à financer des  
opérations commerciales d'une durée de moins de trois ans, les autres crédits d'une durée  
de moins de trois ans, ni les crédits accordés à un État contractant ou à une entreprise de

l'État. Cette disposition ne s'applique pas aux prêts accordés par un ressortissant ou par une société d'un État contractant à une société de l'autre État contractant détenue ou contrôlée par ceux-ci, ni aux prêts accordés par des tiers à des personnes ou des sociétés qui ne sont pas considérés comme entreprises d'État, c'est-à-dire constituées en droit privé avec un capital mixte public et privé, sous réserve que le prêt :

- a) Soit destiné à un projet spécifique;
- b) Ait une durée de plus de trois ans;
- c) Serve à financer ce projet;
- d) Assigne un risque commercial au créateur;
- e) Permette au créateur d'intervenir directement ou indirectement dans le projet par l'intermédiaire du ressortissant ou de la société.

2. Le terme " revenus " s'entend des montants rapportés par un investissement tel que participations aux bénéfices, dividendes, intérêts, redevances ou autres rémunérations.

3. Le terme " ressortissant " s'entend :

a) S'agissant de la République fédérale d'Allemagne : Des Allemands au sens de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne;

b) S'agissant des États-Unis du Mexique : Des Mexicains au sens de la Constitution politique des États-Unis du Mexique.

4. Le terme " sociétés " s'entend de toutes personnes morales, ainsi que de toutes sociétés commerciales ou autres sociétés ou associations, constituées ou organisées conformément aux lois de l'un des États contractants et ayant leur siège dans le territoire de l'un ou les autres des États contractants, que leurs activités aient ou non un but lucratif.

5. Le terme " territoire " s'entend du territoire de chacun des États contractants, ainsi que sa mer territoriale, sa zone économique exclusive et le plateau continental, sous réserve que le droit international accorde à l'État concerné l'exercice sur ces zones de droits souverains et de sa juridiction.

#### *Article 2. Promotion, admission et protection des investissements*

1. Chaque État contractant encourage dans la mesure du possible les investissements effectués par les ressortissants ou sociétés de l'autre État contractant et admet lesdits investissements dans son territoire, en conformité avec ses dispositions juridiques en vigueur.

2. Chaque État contractant accorde pleine protection et sécurité aux investissements effectués en conformité avec ses dispositions juridiques par les ressortissants ou sociétés de l'autre État contractant.

3. Chaque État contractant accorde à tout moment un traitement juste et équitable aux investissements de l'autre État contractant. Les États contractants n'entravent en aucun cas, par des mesures arbitraires ou discriminatoires, le fonctionnement, la gestion, l'entretien, l'exploitation, la jouissance, la cession ou la liquidation de ces investissements.

*Article 3. Traitement des investissements*

1. Chaque État contractant assure dans son territoire aux investissements appartenant à des ressortissants ou sociétés de l'autre État contractant un traitement au moins égal au traitement le plus favorable qu'il accorde aux investissements de ses propres ressortissants ou sociétés ou de ressortissants ou sociétés de tout État tiers.

2. Chacun des États contractants accorde, dans son territoire, aux ressortissants ou sociétés de l'autre État contractant, en ce qui concerne les activités liées à leurs investissements, dont il est question au paragraphe 3 de l'article 2, un traitement au moins égal au traitement qui est accordé à ses propres ressortissants ou sociétés ou aux ressortissants ou sociétés de tout État tiers.

3. Ce traitement ne s'étend pas aux privilèges que l'un des États contractants accorde aux ressortissants ou sociétés d'États tiers du fait que ces États appartiennent ou sont associés à une union douanière ou économique, à un marché commun ou à une zone de libre-échange.

4. Le traitement dont il est question dans le présent article ne s'étend pas aux avantages que l'un des États contractants peut accorder aux ressortissants ou sociétés d'États tiers en application d'un accord visant à éviter la double imposition ou d'autres accords relatifs à fiscalité.

*Article 4. Protection en cas d'expropriation*

1. Les investissements des ressortissants ou sociétés de l'un des États contractants ne peuvent faire l'objet, dans le territoire de l'autre État contractant, de mesures d'expropriation, de nationalisation ou d'autres mesures analogues, directement ou indirectement, à l'expropriation ou la nationalisation, sauf pour cause d'utilité publique, sur une base non discriminatoire, aux termes d'une procédure juridique équitable, et moyennant indemnité.

2. L'indemnité doit être équivalente à la valeur marchande qu'avait l'investissement exproprié immédiatement avant la date à laquelle l'expropriation, la nationalisation ou la mesure analogue, effective ou envisagée, a été publiquement connue. L'indemnité doit être acquittée sans délai et elle porte intérêt, au taux commercial normal, jusqu'à la date de son paiement; elle doit être effectivement réalisable et librement transférable, en conformité avec les dispositions de l'article 6. Des dispositions adéquates doivent être prises, au plus tard au moment de l'expropriation, de la nationalisation ou de la mesure analogue, pour fixer et acquitter l'indemnité. La légalité de l'expropriation, de la nationalisation ou de la mesure équivalente et le montant de l'indemnité peuvent faire l'objet d'une procédure régulière de contrôle judiciaire.

3. Dans les matières régies par le présent article, les ressortissants ou sociétés de l'un des États contractants jouissent, dans le territoire de l'autre État contractant, du traitement de la nation la plus favorisées.

*Article 5. Protection dans d'autres cas*

Les ressortissants ou sociétés de l'un des États contractants dont les investissements subissent un préjudice du fait d'une guerre ou d'un conflit armé, d'une révolution, d'un état d'urgence national ou d'une émeute dans le territoire de l'autre État contractant, bénéficient de la part de cet autre État contractant d'un traitement au moins aussi favorable que celui qu'il accorde à ses propres ressortissants ou sociétés, ou aux ressortissants ou sociétés d'États tiers, en matière de restitutions, ajustements, indemnités ou autres paiements. Ces montants doivent être librement transférables comme en dispose l'article 6.

*Article 6. Transferts*

1. Chaque État contractant garantit le libre transfert de tous les paiements se rapportant aux investissements des ressortissants ou sociétés de l'autre État contractant, notamment :

- a) Le capital et les apports supplémentaires employés entretenir ou accroître l'investissement;
- b) Les revenus;
- c) L'amortissement des prêts;
- d) Le produit de l'investissement en cas de liquidation ou de cession totale ou partielle;
- e) Les indemnités prévues aux articles 4 et 5.

2. Les transferts visés au paragraphe 2 de l'article 4 ainsi qu'aux articles 5, 6 ou 7 doivent être effectués sans délai, au taux de change en vigueur sur le marché à la date du transfert.

3. Nonobstant les dispositions des paragraphes 1 et 2, les États contractants peuvent interdire la réalisation des transferts lorsqu'ils appliquent, de bonne foi et sans discrimination, leurs lois et règlements concernant la protection des droits des créanciers, ainsi que l'émission, les cessions de valeurs et les opérations sur valeurs, les reports de transferts de devises ou autres instruments monétaires, et la garantie de l'exécution de jugements en matière civile, administrative et pénale.

4. En l'absence d'un marché des changes, le transfert s'effectue au cours de plus récent employé pour convertir les devises en droits de tirage spéciaux.

*Article 7. Subrogation*

Si un État contractant verse un montant à l'un de ses propres ressortissants ou à l'une de ses propres sociétés en vertu d'une garantie qu'il a donnée à un investissement réalisé dans le territoire de l'autre État contractant, ce dernier État reconnaît la cession, soit en application d'une loi soit en vertu d'une opération licite, de tout droit ou titre dudit ressortissant ou de ladite société au premier État contractant. Le deuxième État contractant reconnaît la subrogation du premier dans tous droits ou titres (droits transférés). Cependant, en cas de différend, seulement, ces droits et titres peuvent être exercés par une personne physique ou juridique privée à laquelle le premier État contractant a transféré la capacité d'ester. Les dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 4 ainsi que des articles 5 et 6 s'ap-

pliquent mutatis mutandis au transfert des paiements effectués en vertu desdits droits transférés.

#### *Article 8. Dispositions diverses*

1. Si la législation de l'un des États contractants ou les obligations de droit international, qui existent actuellement ou qui pourront être établies par la suite entre les États contractants outre le présent Accord, contiennent un règlement, général ou spécifique, octroyant aux investissements des ressortissants ou sociétés de l'autre État contractant un traitement plus favorable que celui prévu par le présent Accord, ledit règlement l'emporte dans la mesure où il est plus favorable.

2. Chaque État contractant observe toute autre obligation qu'il souscrit par écrit en rapport avec les investissements réalisés dans son territoire par des ressortissants ou sociétés de l'autre État contractant; les différends relatifs aux dites obligations sont réglés exclusivement comme en dispose le contrat pertinent.

#### *Article 9. Application de l'Accord*

Le présent Accord s'applique aussi aux investissements effectués avant son entrée en vigueur par les ressortissants ou sociétés d'un État contractant dans le territoire de l'autre État contractant, en conformité avec les dispositions juridiques de cet autre État contractant. Toutefois, l'Accord ne s'applique pas aux différends en matière d'investissements qui se sont élevés avant son entrée en vigueur.

### DEUXIÈME PARTIE. RÈGLEMENT DES DIFFÉRENDS

#### SECTION 1. RÈGLEMENT DES DIFFÉRENDS ENTRE LES ÉTATS CONTRACTANTS

##### *Article 10. Différends entre les États contractants*

1. Tout différend qui pourrait s'élever entre les États contractants quant à l'interprétation ou à l'application du présent Accord doit être réglé autant que possible par les gouvernements des États contractants, par voie de consultations ou de négociations.

2. S'il ne peut être ainsi réglé, le différend est porté, à l'expiration d'un délai d'au moins quatre mois à compter de la date à laquelle l'ouverture de négociations ou consultations a été demandée, devant un tribunal arbitral, à la demande de l'un ou l'autre des États contractants.

3. Le tribunal arbitral est constitué ad hoc; chaque État contractant désigne un membre et les deux membres conviennent de désigner comme président un ressortissant d'un État tiers qui est nommé par les gouvernements des deux États contractants. Les membres du tribunal sont nommés dans un délai de deux mois et le président dans un délai de trois mois; ces délais courent à partir du moment où l'un des États contractants fait connaître à l'autre son intention de soumettre le différend à un tribunal arbitral.

4. Si les délais prévus au paragraphe 3 ne sont pas observés, l'un ou l'autre des États contractants peut, en l'absence de tout autre arrangement, demander au Président de la Cour internationale de justice de procéder aux nominations voulues. Si celui-ci est un ressortissant de l'un ou l'autre des États contractants ou s'il est empêché pour toute autre raison, il appartient au Vice-Président de procéder aux nominations. Si celui-ci est aussi un ressortissant de l'un des États contractants ou s'il est aussi empêché, la charge de procéder aux nominations incombe au membre de la Cour qui suit immédiatement dans l'ordre hiérarchique et n'est ressortissant d'aucun des États contractants.

5. Le tribunal arbitral statue à la majorité des voix. Ses décisions ont force obligatoire. Chaque État contractant prend en charge les frais de son arbitre et de ses représentants à la procédure arbitrale; les frais afférents au président du tribunal et les autres frais sont répartis à parts égales entre les États contractants. Le tribunal arbitral peut ordonner une répartition différente des frais. Pour le reste, le tribunal arbitral arrête lui-même sa procédure.

## SECTION 2. RÈGLEMENT DES DIFFÉREND ENTRE UN RESSORTISSANT OU UNE SOCIÉTÉ D'UN ÉTAT CONTRACTANT ET L'AUTRE ÉTAT CONTRACTANT

### *Article 11. Étendue et statut*

La présente section s'applique aux différends qui s'élèvent, après l'entrée en vigueur du présent Accord, entre un État contractant et un ressortissant ou une société de l'autre État contractant quant à l'inexécution alléguée par l'État contractant d'une obligation prévue par le présent Accord, qui aurait causé une perte ou un préjudice au ressortissant ou à la société ou à leur investissement. La présente section n'habilite pas la société qui constitue l'investissement du ressortissant ou de la société de l'autre État contractant à soumettre une revendication à l'arbitrage.

### *Article 12. Moyens de règlement et délais*

1. Le différend doit être réglé autant que possible par voie de négociations ou de consultations. Si le différend n'est pas réglé par ces moyens, le ressortissant ou la société d'un État contractant peut décider de soumettre le différend pour règlement :

a) Aux juridictions ordinaires ou administratives de l'État contractant qui est partie au différend;

b) À toute procédure préalablement convenue pour le règlement des différends;

c) En application du présent article :

i) Au Centre international pour le règlement des différends relatifs aux investissements (le " Centre ") créé en vertu de la Convention pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre États et ressortissants d'autres États (la " Convention du CIRDI "), si les deux États contractants sont parties à la Convention du CIRDI;

ii) Au Centre, en conformité avec les règles régissant la Facilité additionnelle du CIRDI, lorsque seul l'un des États contractants est partie à la Convention du CIRDI;

iii) À un arbitre unique ou à un tribunal arbitral ad hoc, établi en conformité avec le Règlement d'arbitrage de la Commission des Nations Unies pour le droit commercial international (la " CNUDCI ");

iv) À un arbitre unique de la Chambre de commerce internationale ou à un tribunal arbitral ad hoc, en conformité avec ses règles d'arbitrage.

2. Les règles d'arbitrage applicables régissent l'arbitrage, sauf dans la mesure où elles sont modifiées par la présente section.

3. Un différend peut être soumis aux fins de règlement, en application de l'alinéa c) du paragraphe 1 du présent article, dès lors que six mois se sont écoulés depuis que se sont produits les faits donnant lieu à la revendication, à condition que le ressortissant ou la société d'un État contractant ait notifié par écrit à l'État contractant partie au différend, avec un préavis d'au moins 60 jours, son intention de soumettre une affaire à l'arbitrage, mais avant que ne se soient écoulées quatre années depuis la date à laquelle le ressortissant ou la société a eu ou aurait dû avoir connaissance des faits qui donnent lieu au différend.

4. Lorsqu'un ressortissant ou une société de la République fédérale d'Allemagne ou leur investissement ont engagé une action devant une juridiction des États-Unis du Mexique, le différend ne peut être soumis à l'arbitrage que si la juridiction mexicaine compétente n'a pas rendu de décision au fond en première instance.

5. Si un ressortissant ou une société d'un État contractant soumet un différend à l'arbitrage, ni ce ressortissant ou cette société, ni la société qui est l'objet de leur investissement, ne peuvent engager ou poursuivre une action devant une juridiction nationale.

#### *Article 13. Consentement de l'État contractant*

Chaque État contractant consent sans condition à soumettre tout différend à l'arbitrage international en conformité avec la présente section.

#### *Article 14. Constitution du tribunal arbitral*

1. À moins que les Parties contractantes n'en conviennent autrement, le tribunal arbitral est composé de trois membres. Chaque partie au différend désigne un membre et ceux-ci, leur tour, doivent désigner un troisième membre en tant que président,

2. Les membres des tribunaux arbitraux doivent posséder une expérience en matière de droit international et d'investissements.

3. Si le tribunal arbitral n'est pas constitué dans un délai de 90 jours à compter de la date à laquelle le différend a été soumis à l'arbitrage, soit parce que l'une des parties au différend n'a pas désigné de membre soit parce que les membres nommés ne se sont pas mis d'accord sur un président, le Secrétaire général du CIRDI, agissant à la demande de l'une ou l'autre des parties au différend, désigne à sa discrétion le ou les membres non encore désignés. Néanmoins, en désignant un président, le Secrétaire général du CIRDI veille à ce que ledit président ne soit pas un ressortissant de l'un des États contractants.

*Article 15. Jonction d'instances*

1. Tout tribunal de jonction d'instances établi en conformité avec le présent article est régi par les règles d'arbitrage de la CNUDCI et procède en conformité avec les dispositions celle-ci, sauf comme en dispose la présente section.

2. Il y a jonction d'instances dans les cas suivants :

a) Lorsqu'un ressortissant ou une société d'un État contractant engage une action au nom d'une société qu'il ou elle possède et contrôle et, simultanément, un(e) ou plusieurs autres nationaux ou sociétés de ce même État contractant, qui participent à la même société mais sans la contrôler, engagent des actions en leur nom propre en rapport avec le même manquement au présent Accord; ou

b) Lorsqu'au moins deux litiges portant sur des points communs de fait ou de droit sont soumis à l'arbitrage.

3. Le tribunal de jonction d'instances décide de la compétence à laquelle ressortissent les litiges et il connaît ces espèces ensemble, à moins qu'un ressortissant ou une société n'allègue qu'il en résulte un grave préjudice pour ses intérêts.

*Article 16. Lieu de l'arbitrage*

Tout arbitrage réalisé en application de la présente section doit se tenir dans un État Partie à la Convention des Nations Unies pour la reconnaissance et l'exécution des sentences arbitrales étrangères (" Convention de New York "). En conformité avec la présente section, tout différend soumis à l'arbitrage est réputé découler d'un rapport ou d'une opération commerciale, aux fins de l'article premier de la Convention de New York.

*Article 17. Indemnisation*

Aucun État contractant ne peut invoquer à des fins de défense, de demande reconventionnelle ou autres, qu'une indemnité ou autre compensation a été ou doit être reçue au titre d'une police d'assurances couvrant tout ou partie du préjudice.

*Article 18. Droit applicable*

Tout tribunal établi en application de la présente section règle les différends en conformité avec le présent Accord et avec les règles et principes applicables du droit international.

*Article 19. Sentences arbitrales et exécution*

1. Les sentences peuvent prévoir les modalités de règlement suivantes :

a) Une déclaration reconnaissant que l'État contractant n'a pas respecté ses obligations au sens du présent Accord;

b) Une indemnité pécuniaire incluant les intérêts courus entre le moment où le préjudice a été causé et la date du paiement;



c) La restitution en nature, le cas échéant, à laquelle l'État contractant peut substituer une indemnité pécuniaire lorsque la restitution n'est pas réalisable. La restitution en nature comprend la restitution du bien; et

d) Avec le consentement des parties au différend, toute autre forme de règlement.

2. Les sentences arbitrales sont définitives et exécutoires uniquement à l'égard des parties aux différends et uniquement pour l'affaire considérée.

3. Un tribunal arbitral ne peut exiger d'un État contractant le versement de dommages intérêts ayant un caractère de pénalité.

4. Chaque État contractant doit prendre, dans son territoire, les mesures nécessaires à la bonne exécution de toute sentence arbitrale comme en dispose le présent article, ainsi que respecter et mettre à exécution sans délai toute sentence arbitrale rendue dans une action à laquelle ledit État est partie.

5. Un ressortissant ou une société peut requérir l'exécution d'une sentence arbitrale en application de la Convention du CIRDI ou de la Convention de New York.

#### *Article 20. Exclusions*

Ne sont pas assujetties au mécanisme de règlement des différends prévu à la présente section les décisions adoptées par un État contractant aux fins d'interdire ou de limiter, pour des raisons de sûreté nationale, l'acquisition par des ressortissants ou sociétés de l'autre État contractant, dans le territoire du premier État, d'un investissement possédé ou contrôlé par des ressortissants ou sociétés de cet État, en conformité avec la législation de ce premier État contractant.

### TROISIÈME PARTIE. DISPOSITIONS FINALES

#### *Article 21. Protocole*

Le protocole figurant en annexe est partie intégrante du présent Accord.

#### *Article 22. Entrée en vigueur, durée de validité et dénonciation*

1. Le présent Accord est sujet à ratification. Les instruments de ratification seront échangés dans les plus brefs délais.

2. Le présent Accord entrera en vigueur un mois après la date à laquelle il aura été procédé à l'échange des instruments de ratification. La durée de sa validité sera de dix ans et il sera ensuite renouvelé pour une période indéfinie, à moins qu'il ne soit dénoncé par écrit par un des États contractants 12 mois avant son expiration. Après dix ans, chaque État contractant pourra dénoncer l'Accord à tout moment moyennant un préavis de 12 mois.

3. S'agissant des investissements réalisés jusqu'au moment de l'expiration du présent Accord, les dispositions de l'article premier à l'article 21 resteront en vigueur pendant les 15 années suivant la date à laquelle le présent Accord aura expiré.

Fait à Mexico le 25 août 1998, en deux exemplaires en langues espagnole et allemande, les deux textes faisant également foi.

Pour les États-Unis du Mexique :

HERMINIO BLANCO MENDOZA

Pour la République fédérale d'Allemagne :

WERNER REICHENBAUM

PROTOCOLE À L'ACCORD ENTRE LES ÉTATS-UNIS DU MEXIQUE ET LA  
RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE RELATIF À LA PROMOTION ET À  
LA PROTECTION RÉCIPROQUES DES INVESTISSEMENTS

Au moment de signer l'Accord entre les États-Unis du Mexique et la République fédérale d'Allemagne relatif à la promotion et à la protection réciproques des investissements, les plénipotentiaires, à ce dûment autorisés, sont convenus d'y ajouter les dispositions ci-après, considérés comme étant partie intégrante dudit Accord.

1. S'agissant de l'article premier

a) Pour plus de clarté, les États contractants conviennent de prendre uniquement en compte, en application du paragraphe 1 de l'article premier et de l'article 6, les investissements réalisés dans le dessein d'établir des rapports économiques durables avec une société, notamment les investissements qui donnent la possibilité d'exercer une influence effective dans leur gestion.

b) Le terme " indirectement " ne s'applique qu'aux cas où la filiale et l'investissement se trouvent tous deux dans le territoire d'un même État contractant.

c) Les revenus d'un investissement et, en cas de réinvestissement, les revenus de celui-ci, jouissent de la même protection que l'investissement proprement dit.

2. S'agissant de l'article 2

Le paragraphe 3 de l'article 2 doit aussi s'appliquer à l'accès et à l'emploi de systèmes matériels de distribution relatifs à un investissement, en conformité avec les accords internationaux signés par les États contractants.

3. S'agissant de l'article 3

a) Ne sont pas considérés comme " traitement moins favorable " au sens de l'article 3 les mesures prises pour des raisons de sûreté et d'ordre public, de santé ou de bonnes mœurs.

b) Les dispositions de l'article 3 n'obligent pas un État contractant à accorder aux personnes physiques ou aux sociétés résidentes du territoire de l'autre État contractant les avantages, exemptions et abattements fiscaux qui, aux termes des lois fiscales, s'appliquent uniquement aux personnes physiques et aux sociétés résidentes du territoire du premier État contractant.

c) Les États contractants examinent avec bienveillance, en conformité avec leurs dispositions législatives internes, les demandes d'immigration, de séjour et de permis de travail concernant les cadres de l'un des États contractants qui souhaitent, en rapport avec un investissement, entrer dans le territoire de l'autre État contractant.

d) Chaque État contractant peut exiger des ressortissants ou sociétés de l'autre État contractant dans son territoire qu'ils fournissent des renseignements périodiques aux fins des statistiques relatives à leur investissement.

4. S'agissant de l'article 4

La détermination de la valeur marchande adéquate peut faire appel à tous les critères d'évaluation appropriés.

5. S'agissant de l'article 6

a) Un transfert est considéré comme effectué " sans délai " au sens du paragraphe 2 de l'article 6 dès lors qu'il est réalisé dans le délai normalement nécessaire pour l'accomplissement des formalités de transfert. Le délai, qui ne peut en aucun cas excéder deux mois, court dès la présentation de la demande de transfert.

b) En cas de déséquilibre fondamental de leur balance des paiements, ou de menace d'un tel déséquilibre, les États-Unis du Mexique peuvent limiter temporairement, pendant douze mois au plus, le libre transfert de capitaux prévu à l'alinéa d) du paragraphe 1. Ces restrictions doivent être établies équitablement, sans discrimination et de bonne foi.

6. S'agissant de l'article 11

En conformité avec l'article 11, l'inexécution alléguée du présent Accord doit présenter un lien de causalité avec une perte ou un préjudice pour le ressortissant, la société ou son investissement, pour que le ressortissant ou la société ait le droit de recourir contre l'État d'accueil de l'investissement. Toutefois, si un dommage est imminent, la revendication peut être soumise à l'arbitrage sans attendre que le préjudice ait été subi, mais il devra s'être produit effectivement pour que le tribunal arbitral rende une décision en l'espèce, sauf dans les cas prévus aux alinéas a) et d) du paragraphe 1 de l'article 19.